

MITTAGSPOST

Ausgabe 9/2023

Fraktion

Olaf Scholz kam direkt von seiner Grundsatzrede zu Lage und Zukunft der Europäischen Union in Straßburg zu unserer Fraktionssitzung. Am Tag vor dem Bund-Länder-Gipfel zur Migration am Mittwoch betonte er, dass zwischen Bund und Ländern bereits ein permanenter und ausdauernder Austausch zu dem Thema stattfindet.

Wir wissen, dass die Kommunen die Hauptlast bei der Unterbringung und Integration von Geflüchteten tragen. Deshalb lassen wir sie nicht allein. Der Bund leistet weitreichende finanzielle Unterstützung, u.a. bereits 15 Milliarden in 2022, um Länder und Kommunen direkt zu entlasten. Wir müssen aber vor allem noch die Zusammenarbeit zwischen Bund, Ländern und Kommunen vereinfachen, denn nicht alles ist mit dem Rezept „mehr Geld“ zu lösen. Und das schaffen wir nur gemeinsam. Einiges liegt z.B. auch bei den Ausländerbehörden im Argen, die zum Teil noch immer nicht digitalisiert sind und nur schlechte Erreichbarkeiten vorweisen können. Die Debatte wird aktuell von unserem ehemaligen Koalitionspartner versimpelt und instrumentalisiert.

Olaf Scholz betonte, dass dies verschleiert, dass es auch um einen Systemwandel geht: Einwanderung in andere Länder (USA, Kanada) ist dort immer mit dem Ziel verbunden, dort zu bleiben; unsere jahrzehntelange Zuwanderungspolitik war immer auf „Rückkehr“ ausgelegt. Wir kümmern uns jetzt nicht nur um die Folgen, sondern auch darum, wie zukünftig mit Migration und Flucht verfahren wird. Wir müssen auch gucken, wie wir Verfahren beschleunigen und auch bei Rückführungen vorankommen. Zudem braucht Deutschland Facharbeitskräfte. Darum wollen wir mehr reguläre Migrationswege öffnen.

Plenum

Mit namentlicher Abstimmung haben wir in dieser Woche den Einsetzungsantrag für den Bürgerrat im Bundestag [beschlossen](#): **Bürgerräte** sollen dazu dienen, Perspektiven von Bürger:innen in die politische Debatte einzubringen und ihre Erwartungen, Vorstellungen und Forderungen an die politischen Akteure zu formulieren. Befassen wird sich der erste Rat mit dem Thema gesündere und nachhaltigere Ernährung. Unter anderem soll untersucht werden, welche Maßnahmen die Bürger:innen für eine gesündere und nachhaltigere Ernährung wünschen oder welchen Beitrag sie selbst dafür bereit sind zu leisten. Dieser Bürgerrat ist nur der Anfang; weitere werden folgen und diese moderne Form der Bürgerbeteiligung etablieren.

Abschließend beraten wurde in dieser Woche ein Gesetzentwurf, mit dem wir eine EU-Richtlinie über die **Offenlegung von Ertragsteuereinformationen** umsetzen. Die Richtlinie gilt für Unternehmen, die entweder in der EU ansässig sind oder dort Tochterunternehmen oder Zweigniederlassungen haben. Künftig soll es leichter nachvollziehbar sein, ob multilaterale und ertragsstarke Unternehmen und Konzerne auch dort Steuern zahlen, wo sie tätig sind. [Damit](#) schaffen wir mehr Steuertransparenz.

Anlässlich des Tags der **Städtebauförderung** am 13. Mai forderten die Koalitionsfraktionen in einem [Antrag](#) die Bundesregierung auf, die Städtebauförderung als Instrument einer sozial ausgewogenen und klimafreundlichen Stadtentwicklungspolitik stetig weiterzuentwickeln und die Bundesmittel für die Städtebauförderung in den kommenden Jahren entsprechend der Bedarfe und im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel weiter zu stärken und perspektivisch zu erhöhen.

Klara Geywitz zum GEG



In Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern kommen aktuell fast immer Rückfragen oder Anmerkungen zu den geplanten Erneuerungen des Gebäudeenergiegesetzes (GEG). Hier werden viele Ängste und Unsicherheiten spürbar. Wichtig ist, dass das Gesetz keine allgemeine Austauschpflicht vorsieht. Bestehende Gas- und Ölheizungen können weitergenutzt werden. Auch Heizungsreparaturen sind möglich. Wir stehen regelmäßig in regem Austausch mit unserer Bauministerin Klara Geywitz, um ihr die Sorgen der Menschen vor Ort mitzuteilen. In unserer Landesgruppensitzung am Montag referierte Klara zum aktuellen Stand des Gesetzes: Wir befinden uns noch in der ersten Lesung und erarbeiten gemeinsam Änderungen, um den Umstieg in erneuerbare Energien, den wir dringend benötigen, solidarisch gestalten zu können. Wir müssen zeitnah in die CO2-Minderung beim Heizen einsteigen und nicht erst, wenn die Energiepreise noch weiter steigen. Am Dienstag sprachen wir auch in unserer Fraktionssitzung über das GEG und brachten dort viele Änderungsvorschläge ein. Wir begleiten das parlamentarische Verfahren so, dass am Ende solidarische und sozial verträgliche Lösungen gefunden werden. Die Wärmewende ist eine Generationenfrage, die jetzt vor uns liegt und für alle bezahlbar bleiben muss. Klar ist: Die Möglichkeiten zum Heizungstausch hängen stark von den Gegebenheiten vor Ort ab und unterscheiden sich zum Teil massiv. Hier ist in den kommenden Wochen noch viel zu tun - Klimaschutz und sozialer Ausgleich müssen Hand in Hand gehen.

Europatag am 9. Mai

Die Europäische Union ist weit mehr als ein Binnenmarkt ohne Grenzen. Sie steht für Freiheit, Frieden, gemeinsame Werte, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Menschenrechten. Europa muss mit einer Stimme sprechen, damit wir die Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit – von Klimaschutz über Migration bis zu Fragen der Außen- und Energiepolitik – finden. Dies gilt erst recht angesichts des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Wir sind überzeugte Europäerinnen und Europäer. Als größter Mitgliedsstaat der EU wissen wir: Wir brauchen Europa und Europa braucht uns, nicht nur am Europatag, sondern jeden Tag.



75 Jahre Israel

Anlässlich des 75. Jahrestages der Gründung des Staates Israel gab es am Freitag eine [Vereinbarte Debatte](#) im Bundestag, bei der auch der israelische Botschafter und Bundespräsident anwesend waren. Die Staatsgründung war die Antwort auf eine jahrhundertlange Geschichte des Antisemitismus, die ihren grauenvollen Höhepunkt im Holocaust fand. Umso kostbarer sind die Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Wir werden uns der historischen Verantwortung Deutschlands immer bewusst bleiben.